

# Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8.a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

27. Juli 1951

Blatt 1354

## Neue Verpflegsgebühren in den Spitälern =====

27. Juli (Rath.Korr.) Der Amtsführende Stadtrat für das Wiener Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, legte heute der Wiener Landesregierung einen Antrag auf Neufestsetzung der Verpflegskostensätze in den Wiener städtischen Krankenanstalten vor. Die Erhöhung der bisherigen Verpflegssätze, die schon seit 1.11.1950 gelten, ist durch das in der Zwischenzeit erfolgte Nachziehverfahren und die Auswirkungen des 4. und 5. Lohn- und Preisabkommen notwendig geworden. Sie beträgt durchschnittlich 30 Prozent und tritt am 1. August in Kraft.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## 5000 Besucher in der Sezession =====

27. Juli (Rath.Korr.) Die Ausstellung der Wiener Sezession "Unsterbliches Wien im Spiegel der Sezession" hatte am Dienstag dieser Woche ihren 5000. Besucher zu verzeichnen. Die Ausstellung ist noch bis 19. August wochentags von 9 bis 18 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr zu besichtigen.

## Entfallende Sprechstunden =====

27. Juli (Rath.Korr.) Im August entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe VII, baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Dr. Robetschek.

Urlaub in Wien

=====

Das österreichische Parlament

27. Juli (Rath.Korr.) Sonntag, den 29. Juli. Kultureller Spaziergang. Prunkräume des Parlaments - Volksgarten - Repräsentationsräume des Unterrichtsministeriums. Führer Prof.Dr. Eisenbeisser. Zusammenkunft um 10 Uhr vor der Rampe des Parlaments.

Das 5. Lohn- und Preisabkommen vor dem Wiener Gemeinderat

=====

27. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Geschäftssitzung zusammen. Die umfangreiche Tagesordnung beschäftigte sich fast ausschließlich mit den Auswirkungen des 5. Lohn- und Preisabkommens. Im Einlauf befanden sich ein Antrag der WdU, betreffend die Behebung von Übelständen im städtischen Strandbad Gänsehäufel, und eine Anfrage der ÖVP an den Bürgermeister, betreffend die Außerdienststellung und Disziplinaruntersuchung des Oberamtsrates Franz Wegenstein von der Magistratsabteilung 17. Die Verlesung der Anfrage wird verlangt. Die Abstimmung darüber findet vor Schluß der öffentlichen Sitzung statt.

Als erster Tagesordnungspunkt wurde die Wahl der Vertrauenspersonen in die Gemeindebezirkskommissionen durchgeführt. Die Kommissionen haben die Aufgabe, die Gemeindebezirkslisten der zum Amt eines Geschworenen oder Schöffen fähigen Personen anzulegen. Auf die je acht Vertrauenspersonen entfallen vier Mandate auf die Sozialistische Partei, zwei auf die ÖVP und je eines auf Linksblock und WdU.

Die Stadt Wien muß 321 Millionen zahlen

Stadtrat Fritsch (SPÖ) berichtete nun über die Neuregelung der Teuerungszuschläge und der Sonderzahlungen für die städtischen Bediensteten und Pensionsparteien. Der Referent betonte zunächst, daß der Ausgang der Verhandlungen wie bei allen Kompromissen dieser Art einen großen Teil von Wünschen und Forderungen unerfüllt

läßt. Er erläuterte sodann die Vorlage, die aus fünf Abschnitten besteht. Im ersten Abschnitt werden die bereits ausgezahlten Vorschüsse in der Höhe von 5 Prozent für die Zeit vom 1. bis 15. Juli behandelt. Der zweite Abschnitt sieht eine grundsätzliche Erhöhung der Grundgehälter auf das 3,7-fache vor. Bei niedrigeren Grundgehältern als 379 Schilling treten jedoch zwei Mindesterhöhungen in Kraft: Bis zu einem Grundgehalt von 315 Schilling wird der bisherige Monatsbezug um 10 Prozent und 140 Schilling erhöht. Dies bedeutet bei niedrigstem Bezug eine Steigerung von 28,4 Prozent, bei 315 Schilling Grundgehalt monatlich eine Steigerung um 24 Prozent. Bei einem Grundgehalt von 315 bis 379 Schilling ist der bisherige Bezug um 24 Prozent zu erhöhen. Durch die Neuregelung wurde auch die Spannung erhöht. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß es auf die Dauer unmöglich ist, leitenden Beamten, die mit Millionenbeträgen zu tun haben, so wenig zu bezahlen. Bisher betrug das höchste Gehalt nur das 6,6-fache des niedrigsten. Nach der Neuregelung wird er das 8,1-fache betragen. Damit sind trotzdem erst 64,8 Prozent der ursprünglichen Spannung erreicht.

Für die Pensionisten gilt die gleiche Regelung, jedoch muß die Pensionserhöhung mindestens 125 Schilling, bzw. bei Hinterbliebenen mindestens 80 Schilling betragen.

Die Kinderzulagen werden von 40 Schilling um 15 Schilling auf 55 Schilling monatlich pro Kind erhöht. Der Haushaltszuschuß wird von 40 Schilling um 25 Schilling auf 65 Schilling erhöht. Die Erhöhung tritt jedoch nur dann ein, wenn auch eine Kinderzulage gewährt wird oder der Betreffende für eine geschiedene Gattin zu sorgen hat oder wenn die Frau nicht mehr als 200 Schilling eigenes Einkommen monatlich bezieht.

Beim 13. Monatsbezug wird nunmehr den Bediensteten, die an den Stichtagen der Auszahlung nicht Dienst versehen, der aliquote Anteil ausbezahlt. Dadurch wird ein bisher bestandenes Unrecht beseitigt.

Stadtrat Fritsch machte sodann Mitteilung von den Kosten, die der Stadt Wien durch diese Neuregelung erwachsen. Sie betragen für das laufende Jahr 91,7 Millionen Schilling beim Magistrat und 61,1 Millionen für die Städtischen Unternehmungen, zusammen also 152,8 Millionen. Für ein volles Jahr betragen die Mehrkosten nicht weniger als 321 Millionen Schilling. Hier wird ein Loch in

den Stadtsäckel gerissen, von dem man noch nicht weiß, wie es geschlossen werden kann. Die Tariferhöhungen, die der Gemeinderat heute zu beschließen haben wird, bedecken bei weitem nicht die für heuer benötigten Beträge. Es wurde verzweifelt um die notwendigen Forderungen der Stadt Wien gerungen. Leider konnte im Parlament nicht das richtige Verständnis gefunden<sup>werden</sup>. Stadtrat Fritsch richtete an alle Vertreter der Stadt Wien die dringende Bitte, das finanzielle Gleichgewicht der Stadt Wien erhalten zu helfen, damit die sozialen Aufgaben in Wien durchgeführt werden können. Es ist unbedingt notwendig, daß die Stadt Wien baut und Wohnungen schafft, daß die Vollbeschäftigung erhalten und gewahrt bleibt, daß die soziale Fürsorge mindestens auf der derzeitigen Höhe erhalten wird. Ebenso wichtig ist es aber, für unsere Angestellten halbwegs anständige Lebensverhältnisse zu schaffen. Das alles verlangt ungeheure Beträge, die von der gesamten Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Wir können diese Aufgaben nur dann erfüllen, wenn wirklich alle gutgesinnten Wiener zusammenstehen.

#### 84.396 Aktive und Pensionisten

Abschließend gab Stadtrat Fritsch noch einige Zahlen über die städtischen Bediensteten bekannt. Die Hoheitsverwaltung zählt derzeit 33.443 Bedienstete, ohne die Saisonarbeiter und die Urlaubsvertretungen. Bei den Unternehmungen sind 20.571 Menschen angestellt. Ferner hat die Stadt Wien für 30.382 Pensionisten zu sorgen. Besonders kraß ist das Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionisten bei den Verkehrsbetrieben. 13.884 Aktiven stehen nicht weniger als 12.521 Pensionisten gegenüber. Insgesamt muß also die Stadtverwaltung für 84.396 Aktive und Pensionisten sorgen. Werden dazu noch die Angehörigen gerechnet, so ergibt sich eine beträchtliche Zahl von Menschen, für die die Stadtverwaltung die Verantwortung hat.

Stadtrat Fritsch ersuchte den Gemeinderat, die Vorlage anzunehmen (Beifall bei der SPÖ).

GR. Dr. Soswinski (LBl.) erklärt, man solle nicht für eine Gehaltserhöhung Stimmung machen, wenn man gleichzeitig den Leuten weit mehr aus den Taschen herausnehme, als man ihnen durch die Erhöhung ihrer Bezüge zubillige. Diese Gehaltserhöhungen hätten nur dann einen Sinn, wenn sie wirklich eine Erhöhung des Realinkommens bedeuten würden. Sie würden jedoch nicht ausreichen,

wenn neben den gewaltigen Preiserhöhungen in der Wirtschaft der Gemeinderat selbst heute nicht weniger als 24 Preis- und Tarifierhöhungen beschließe. Wir müssen, erklärt der Redner abschließend, den öffentlich Bediensteten die Erhöhungen zubilligen, weil die Lohn- und Preispolitik in Österreich dazu geführt hat, daß man nachher immer den Menschen einen Bruchteil dessen gibt, was man ihnen vorher weggenommen hat und was man ihnen künftig noch stärker wegnimmt.

GR. Dr. Freitag (ÖVP) betont, daß im Zuge des 5. Lohn- und Preisabkommens zum ersten Mal der Besuch gemacht wurde, die öffentlich Bediensteten bei der Gehaltsregelung herauszuheben. Dies geschah nicht deswegen, um ihnen eine Sonderstellung zu geben, sondern um jene Nachteile, die sie bei den früheren Abkommen unbestreitbar erlitten hatten, einigermaßen wieder wettzumachen.

Zum ersten Mal sei es gelungen, wenigstens einigermaßen einen Spannungsausgleich herbeizuführen und damit den Ansätzen im Gehaltsüberleitungsgesetz mehr als bisher Rechnung zu tragen. Er wolle feststellen, daß es gerade die Österreichische Volkspartei war, die auf den Spannungsausgleich allergrößten Wert gelegt hat. Wenn sowohl die Sowjetunion als auch England einen Spannungsfaktor von 1:30 aufweisen, so zeige dies, daß man in allen Teilen der Welt einer gesunden Spannung zwischen den höchsten und niedrigsten Gehältern Rechnung trage. Die große und hohe Verantwortung, die manche Menschen zu tragen haben, müsse auch in ihren Gehältern zum Ausdruck kommen.

Wenn die "Volksstimme" in einer Schlagzeile hervorgehoben habe, daß ein Sektionschef durch die neue Gehaltsregelung um 2.900 S mehr erhalte, so beziehe sich das einerseits nur auf den Brutto- und nicht auf den Nettobezug, andererseits gelte es jedoch nur für die höchste Stufe der obersten Dienstklasse, die gegenwärtig im Bundesdienst nur von 3 Beamten erreicht werde.

Die Österreichische Volkspartei spreche sich zu dieser Vorlage positiv aus. (Lebhafter Beifall bei der ÖVE)

GR. Pölzer (SPÖ) erinnert daran, daß die öffentlich Bediensteten seinerzeit mit ihren Bezügen von 150 S die Paria der Gesellschaft waren, heute aber ihren Rückstand gegenüber den Dienstnehmern in der Privatwirtschaft voll aufgeholt haben. Die Gewerkschaften haben hiezu wesentlich beigetragen. Es soll aber auch den Gebietskörperschaften Dank dafür gesagt werden, daß sie sich

bemüht haben, den gerechten Wünschen und Forderungen der öffentlich Bediensteten zu entsprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Dem GR. Dr. Soswinski stehe die heute gezeigte "Proletarierwut" gar nicht. Es sei auch lächerlich, davon zu reden, daß dieses Abkommen "ausgepackelt" wurde, da die Tatsache, daß die Gewerkschaften auf der einen und die Verwaltungen auf der anderen Seite die Verhandlungspartner waren, nur der Ausdruck des demokratischen Zusammenarbeitens in unserem Staate sei. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVE)

Es müsse mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die Gewerkschaften schon im März klare Richtlinien für die kommenden Verhandlungen herausgegeben haben, lange bevor der Verband der geistig "Schlafenden" auf den Plan getreten sei. Schon damals sei von den Gewerkschaften der Einbau der Teuerung bis zum 5. Lohn- und Preisabkommen, die volle Abgeltung der Auswirkungen des Lohn- und Preisübereinkommens selbst, die Regulierung der Familienzulagen und ein Spannungsausgleich gefordert worden. Da in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes 350.000 Menschen organisiert seien, müsse man zweifellos ihnen die Priorität bei den Verhandlungen zuerkennen, nicht aber Splittergruppen wie der KPÖ oder dem Verband der geistig Schaffenden.

In Mühseligen Verhandlungen wurde getrachtet, einen vernünftigen Spannungsausgleich herzustellen. Die niedersten Bezüge wurden jedoch auf das 5,7-fache des Gehaltsüberleitungsgesetzes hinaufgezogen, es wurde also bewußt eine Politik der kleinen Leute gemacht. Durch den nunmehrigen Mindestbezug von 976 S wurde die Sicherung der Existenz aller Bediensteten gewährleistet. (Beifall bei den Parteigenossen.) Die Tatsache, daß jede Bedienerin und Reinigungsfrau in unkündbarer Stellung diesen Mindestbezug erhalte, beweise, daß die Gemeindeverwaltung dafür Sorge, daß ihre Bediensteten nicht im Elend leben müssen. (Erneuter Beifall bei der SPÖ.)

Auch der Linksblock müsse seine Demagogie niedriger hängen, denn die seinerzeit vom GR. Dr. Altmann (LBl.) geforderte Versechsfachung des Gehaltes würde einen Anfangsbezug von 1.020 S und einen Höchstbezug von 13.400 S bedeuten, die Belastung des Bundes allein würde 3,4 Milliarden ausmachen, zuzüglich 40 Prozent des Aufwandes für Länder und Gemeinden.

Der Redner nimmt dagegen Stellung, daß der Verband der geistig Schaffenden das Primat in Anspruch nehme, die Interessen einer

bestimmten Gruppe zu vertreten. Es sei von vornherein klar gewesen, daß der Spannungsausgleich nur sukzessive durchgeführt werden kann.

Daß es nicht gelungen sei, auch die Familienzulagen auf das 3,7-fache zu erhöhen, bedeute zweifellos eine Härte.

Die Gewerkschaften, schließt der Redner, stehen zu diesem Abkommen. Mit Zähigkeit und durch das Verständnis der Gebietskörperschaften war es möglich, diesen Abschluß zu tätigen, daher werden die Sozialisten für die beantragte Regelung stimmen. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

GR. Keller (parteilos, früher WdU) weist darauf hin, daß die Bezüge, über die jetzt abgestimmt werden soll, nicht imstande sein werden, das Sinken des Lebensstandards der Bediensteten der Gemeinde Wien aufzuhalten. Das sei darauf zurückzuführen, daß der Nationalrat das Wucherkapital schütze, das die primäre Ursache der Preissteigerungen in unserer Wirtschaft sei. Die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierung sei daran schuld, daß wir aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht herauskommen. Wenn die Wirtschaft vernünftig geführt würde, wäre es nicht notwendig, über so unzureichende Bezugserhöhungen Beschluß zu fassen. Er werde für den Antrag des Referenten stimmen.

GR. Doppler (WdU) erklärt, es sei so weit, daß sich der Wiener Gemeinderat wieder einmal - es sei dies schon fast regelmäßig vierteljährig der Fall - mit einer Neuregelung der Bezüge der städtischen Bediensteten und Pensionsparteien zu beschäftigen habe. In fast jeder Sitzung des Gemeinderates werde über Tarif- und Gebührenerhöhungen beschlossen.

Es sei bezeichnend, daß die vorliegende Regelung im Gemeinderatsausschuß ohne Debatte einstimmig angenommen wurde. Fraglich sei jedoch, ob auch die Gemeindebediensteten, vor allem ihre Frauen, die mit diesen Bezügen auskommen müssen, auch so zufrieden sein werden, daß sie darüber kein Wort verlieren.

Das vorliegende Lohn- und Preisabkommen sei das schlimmste aller bisherigen Regelungen, da es sehr viele Fragen offen gelassen habe. Wieder werde von einer vollen Abgeltung gesprochen, während in Wirklichkeit der Lebensstandard der Bediensteten wieder um ein großes Stück gesenkt werde. Nicht einmal die Preiserhöhungen bei Strom, Heizmaterial, Straßenbahn usw. seien berücksichtigt obwohl man gerade bei der Erhöhung dieser Tarife gar nicht eng-

herzig vorgegangen sei.

Aber nicht nur die Lohnempfänger werden durch dieses Abkommen geprellt, sondern es wird auch die Wirtschaft schwerstens geschädigt, da ihr ja ständig neue Steuern und andere Belastungen aufgelastet werden. Dadurch werde die Wirtschaft immer kredit-schwächer und noch weniger konkurrenzfähig. Vor allem im Gewerbe trete ständig ein Substanzverlust ein. Die Rohstoffversorgung werde hiedurch gefährdet, was sich produktionshemmend auswirke und die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung unmöglich mache. Die Folge werde eine Rückläufigkeit des gesamten Wirtschaftslebens sein. Auch der Fremdenverkehr sei schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Der Redner richtet an den Personalreferenten die Bitte, dahin zu wirken, daß der Stadtsenatsbeschluß, der die 48-stündige Arbeitszeit festlegte, aufgehoben wird und die Arbeitszeit jener in anderen großen Städten, wie in Linz und Graz, die eine 45-stündige Arbeitszeit haben, angepaßt wird.

Die Unabhängigen werden der Vorlage mit der Motivierung die Zustimmung geben, daß der Sperling in der Hand besser als die Taube auf dem Dach sei. (Ironische Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.)

Stadtrat Fritsch nahm in seinem Schlußwort zu verschiedenen formalen Vorwürfen der Debatteredner Stellung. Wenn Dr. Soswinski bekrittelt hat, daß die Vorlage an erster Stelle behandelt wurde, könne er nur sagen, es sei selbstverständlich, daß man zweckmäßig verhandle und an die Spitze der Tagesordnung die Vorsorge um die Angestellten stelle. Der Referent verwahrte sich auch gegen den Vorwurf, daß er die Vorlage nur oberflächlich behandelt habe. Schließlich mußten sich alle Gemeinderäte seit Monaten schon damit beschäftigen. Redner teilte ferner mit, daß die Bediensteten der Dienstgruppen 1 bis 4 von den Senatsräten bis zu den Oberamtsräten nur 2,8 Prozent ausmachen. Die Anzahl der Bediensteten der Gruppe 1 können nicht einmal in Promille ausgedrückt werden. Er wiederholt schließlich, daß es notwendig sei, den hohen Beamten anständig zu bezahlen. Im übrigen könne er die Ausführungen der Debatteredner im großen und ganzen nur gutheißen. Die wirtschaftspolitischen Ausführungen der GRe. Dipl. Ing. Keller und Doppler waren jedoch reichlich überflüssig. StR. Fritsch unterstrich

ferner die Notwendigkeit eines einfacheren Systems der Gehaltsberechnung.

Der Referent kam sonach auf die Bezahlung der Gemeindebediensteten im Vergleich zu der Privatwirtschaft zu sprechen und meinte, daß die Gemeinde versuche, den wirtschaftlichen Nöten ihrer Angestellten nach bester Möglichkeit Rechnung zu tragen. Wenn eine junge Stenotypistin nunmehr im Monat mehr als 1000S verdient, so bedeutet das bereits ein ganz hübsches Plus gegenüber der Privatwirtschaft.

In diesem Zusammenhang verlangte jedoch StR. Fritsch auch die vollste Pflichterfüllung der Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Wien. Es müssen Personalverschiebungen vorgenommen werden, es geht aber dabei nicht an, daß zum Beispiel bei den Verkehrsbetrieben Streckenkassiere gebraucht werden und sie aus der Zahl der überschüssigen Kanzleikräfte nicht gefunden werden können. Was wir brauchen, sagte der Stadtrat abschließend, sind weniger aber besser bezahlte Beamte. Er bitte daher um mehr Verständnis für die Notwendigkeiten der Verwaltung. StR. Fritsch schloß seine Rede mit einem Dank an seine engeren Mitarbeiter.

Bei der Abstimmung wird der Vorlage einstimmig von allen Parteien die Zustimmung erteilt.

#### Die Tarifierhöhungen bei den Stadtwerken

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) berichtete sodann über die Tarifierhöhungen bei den Wiener Stadtwerken. Er erinnert daran, daß seit März über diese Tarifregulierungen gesprochen wurde, daß die Verhandlungen über das 5. Lohn- und Preisabkommen durch die Bundespräsidentenwahl eine Unterbrechung erfuhren und erst jetzt ihren Abschluß finden konnten.

Bei den Elektrizitätswerken erhöhen sich die Strompreise im Durchschnitt von 57,10 auf 79,52 g oder um 39,3 Prozent, u. zw. für den Haushalt um 37,1 Prozent, für das Gewerbe um 39,7 Prozent, bei der Landwirtschaft um 31,2 Prozent, für den Nachtstrom um 18 Prozent, für Pauschalabnehmer um 27 Prozent und für den Industriestrom um 42,2 Prozent. Der bisherige Haushaltstarif wird von 35 g auf 50 g pro Kilowatt, die Zählergebühr wird künftig für die ersten beiden Tarifräume 9 S und für jeden weiteren Tarifraum 6,50 S im Monat betragen. Daneben wird wieder ein Stromtarif mit billiger

Zählergebühr (6,50 S für die ersten beiden und 4,50 S für jeden weiteren Tarifraum) eingeführt, wobei je Kilowatt 1 S zu entrichten ist.

Verglichen mit 1937 müsse, wie der Stadtrat weiter ausführt, der neue Strompreis noch immer als relativ billig bezeichnet werden, da gegenüber 1937 nur eine Steigerung um durchschnittlich 193 Prozent eintritt, die im einzelnen beträgt: Haushalt 56 Prozent, Gewerbe 192 Prozent, Landwirtschaft 216 Prozent, Nachtstrom 300 Prozent, Industriestrom 194 Prozent. Dagegen haben sich im Verhältnis zu 1937 die Brennstoffkosten auf das Neunfache und die Kosten des Strombezuges aus fremden Kraftwerken auf das 7,8-fache verteuert.

Unter den Ursachen, die die neuen Tarifpreise bedingen, führt Stadtrat Dkfm. Nathschläger vor allem die seit dem Vorjahre eingetretene gewaltige Erhöhung der Brennstoffkosten an. So ist der Preis für Grünbacher Steinkohle gegenüber dem Juni des Vorjahres um 106 Prozent und der Preis für polnische Feinkohle um 314 Prozent gestiegen. (Hört! Hört!-Rufe.) Der Preis für Heizöl erhöhte sich in der gleichen Zeit um 90 Prozent, jener für Erdgas um über 70 Prozent. Zusammen mit den erhöhten Personalaufwand und den sonstigen Posten ergab sich im Gesamtaufwand eine Präliminare von 604 Millionen, dem nur Erträge von 434 Millionen gegenüberstehen. Von dem Abgang in Höhe von 170 Millionen werden durch die Stromtarifierhöhung 167 Millionen gedeckt.

Bei den Gaswerken beträgt das Ausmaß der Tarifierhöhung 74 Prozent. Im einzelnen werden die Gaspreise für den Haushalt von 50 auf 87 g und für Gewerbe und Industrie von 46 auf 80 g pro Kubikmeter erhöht.

Hier beträgt gegenüber dem Jahre 1937 die Erhöhung für den Haushalt 304, für das Gewerbe 321 und für die Industrie 260 Prozent. Demgegenüber waren im Mai dieses Jahres die Preise für Nahrungsmittel und Lebenshaltungskosten bereits auf das 5,3-fache des Jahres 1937 angestiegen. Der Preis der ausländischen Steinkohle hat jedoch seit 1937 eine Erhöhung auf das 16,5-fache erfahren.

Bei den Gaswerken stehen derzeit einem Gesamtaufwand von 497 Millionen nur Erträge von 369 Millionen gegenüber, so daß ein Abgang von 127 Millionen zu decken wäre. Die Mehreinnahmen auf Grund der neuen Tarife werden mit 116,6 Millionen veranschlagt, so daß der Fehlbetrag auf 16,1 Millionen verringert wird.

Die neuen Strom- und Gastarife treten ab 1. August in Kraft.

Für die Übergangszeit werden, wie üblich, Mischpreise berechnet.

Bei den Verkehrsbetrieben erhöht sich der Straßenbahnfahr-schein von 1 S auf 1,30 S und der Fahrpreis für den Autobus für die erste Teilstrecke von 40 auf 50 g in der Inneren Stadt und von 50 auf 70 g außerhalb von Ring und Kai. Die Wochenkarte auf der Straßenbahn wird künftig 7,30 S, die Sonn- und Feiertagsrück-fahrkarte 2,40 S und der Kinderfahrchein 30 g kosten. Als Mehr-ertrag werden insgesamt 80,1 Millionen, davon 73,6 Millionen bei den Straßenbahnen erwartet. Dem stehen jedoch Mehraufwände gegen-über dem Vorjahr um 134,6 Millionen entgegen.

Auf der Straßenbahn tritt die Fahrscheinpreiserhöhung mit 1. August, für Zeitkarten ab 2. August und für Wochenkarten ab 5. August in Kraft.

Gr. Wicha (WdU) kommt auf die Umstellung von Gleichstrom auf Wechselstrom zu sprechen und erklärt, daß den davon betroffenen Strombeziehern durch diese Umstellung oft hohe Kosten erwachsen, da die E-Werke nur einige Glühlampen, eine halbe Kochplatte und ein Bügeleisen ersetzen, während sich Zahnärzte, Dentisten sowie Geschäftsleute die Umbauten ihrer Apparate und Maschinen selbst bezahlen müssen, wobei die Kosten oft zwischen 10.000 und 15.000 Schilling schwanken. Die Gemeinde Wien sollte sich vor der Strom-umschaltung mit den Bewohnern der betreffenden Häuserblöcke vor-her auseinandersetzen und notfalls die Umstellung auf einen wirt-schaftlich günstigeren Zeitpunkt zurückstellen.

Bezüglich der neuen Gaspreise gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die Gemeinde Wien in dem Falle, daß die Kohlenpreise wieder zurückgehen sollten, ebenso rasch und freiwillig eine Sen-kung der Gastarife vornehmen werde.

Die städtischen Verkehrsbetriebe werden auf die Dauer mit ihren Einheitstarifen nicht mehr durchkommen, sondern werden end-lich auf die wiederholten Vorschläge der Unabhängigen zurückkom-men müssen, Kurz- und Teilstreckentarife einzuführen. Es habe sich gezeigt, daß nicht nur die Tarifkilometer, sondern auch die Wagen-kilometer zurückgegangen sind. Die Verkehrsbetriebe nehmen also Einsparungen vor, die zu Lasten der Benutzer der Verkehrsmittel gehen.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) weist zunächst auf eine Reihe von Tatsachen hin, die seiner Ansicht nach zu den Preis- und Tarif-erhöhungen geführt haben. Er wendet sich dagegen, daß man immer

wieder behaupte, daß die jetzt eintretenden Tarifierhöhungen vor allem auf die Preissteigerungen der Kohle aus den Volksdemokratien zurückzuführen sei. Die Verdoppelung der Kohlenpreise im Vorjahr sei nicht deshalb eingetreten, weil etwa Polen die Preise erhöht hat, sondern weil über Antrag der Amerikaner die Geldkurse geändert wurden. Bei der tschechoslowakischen Kohle, die oft ins Treffen geführt wird, sei es so, daß sich der Preis gegenüber dem Juli 1948 nur um 33 Prozent erhöht habe. Die Volksdemokratien hätten die Kohlenpreise nur in jenem Ausmaß erhöht, um das sie infolge der amerikanischen Rüstungen die Baumwolle, Kupfer und ähnliche Dinge teurer bezahlen müssen. Es sei ja auch Österreich bei seinen Exportpreisen nicht billiger geworden. (Erregte Zwischenrufe.) Die österreichische Exportindustrie habe allein Überprofite von über 2 Milliarden Schilling erzielt.

Der Amtsführende Stadtrat für Finanzen vermeide es, nur ein Wort darüber zu verlieren, ob er gewillt sei, dem Gemeinderat ein Nachtragsbudget vorzulegen, obwohl dies die einzige Möglichkeit wäre zu beurteilen, welche Belastungen die Preiserhöhungen bringen und inwieweit sie durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden können. Durch Scheinanträge wolle man vor der Öffentlichkeit so tun, als ob man gewillt sei, die Interessen der Bevölkerung wahrzunehmen.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer, die Erhöhung der Frachtsätze und die Erhöhung der Kohlenpreise sei noch nicht berücksichtigt, man habe also schon jetzt die Möglichkeit für die spätere Argumentation geschaffen, daß zumindest ein Defizit von 10 Prozent aufscheine und ein Nachziehverfahren notwendig sei.

Es sei lächerlich, wenn die ÖVP einen Antrag einbringen werde, den Gaspreis auf 76 Groschen "herabzusetzen", da ja in Wirklichkeit dann noch immer eine Erhöhung von 50 auf 76 Groschen eintreten würde.

Ständig werde eine USIA-Hetze betrieben, würde man aber zur Gaserzeugung Erdgas, das in genügenden Mengen zur Verfügung gestellt werden könnte, heranziehen, könnte auch in Hinkunft ein Gaspreis erzielt werden, der pro Kubikmeter unter 50 Groschen liegt. (Stürmische, anhaltende Zwischenrufe.) Niemand spreche davon, daß elektrischer Strom aus Vorarlberg gratis nach Westdeutschland für die Rüstungsindustrie exportiert werde und daß

die Engländer von Österreich verlangen, ein Elektrizitätswerk an Jugoslawien abzutreten.

Es sei falsch zu behaupten, daß die eintretenden Erhöhungen voll abgegolten werden, tatsächlich werde es so sein, daß nicht einmal 50 Prozent der nunmehr eintretenden Preissteigerungen abgegolten werden. Erstaunlich sei es, wie die Straßenbahn die Überfüllung der Wagen zu beseitigen trachte. Man rechnet mit einem Rückgang der Frequenz durch die Tariferhöhungen um 5 Prozent. Das bedeutet im Jahr 25,5 Millionen Fahrten und pro Tag 70.000 Fahrten. Die Überfüllung wolle man also nicht durch den Bau von Untergrundbahnen oder verstärkten Wagenverkehr beseitigen, sondern durch Tariferhöhungen.

Es sei unsozial, daß gerade bei der Arbeiter-Wochenkarte die größte Erhöhung eintrete. Der Redner wiederholt in diesem Zusammenhang seinen bereits früher einmal eingebrachten Antrag, eine 5 Tage-Wochenkarte einzuführen.

Ein Drittel der Bevölkerung sei zur Erkenntnis gekommen, daß der Kapitalismus und seine Trabanten verschwinden müssen. Der Linksblock wolle diesen Weg in den Abgrund nicht mitmachen und sage zu den Tariferhöhungen Nein!

GR. Dipl.Ing. Rieger (ÖVP) nimmt dagegen Stellung, daß die Sozialisten die Volkspartei während des Wahlkampfes als Preistreiberpartei bezeichnet haben. Er zitiert dabei eine Äußerung des Nationalrates Dr. Pittermann, der in einer Rede die ÖVP als Partei des Gaswuchers hingestellt hätte. Der Redner stellt dem entgegen, daß die Volkspartei bereit ist, der Gemeinde Wien und den städtischen Unternehmungen das zu geben, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen, also auch jene Tariferhöhungen, die durch die Vereinbarungen des 5. Lohn- und Preisabkommens und durch die Preiserhöhungen für Material und Kohle unbedingt notwendig geworden sind. Er sei aber auch der Überzeugung, daß man in solchen kritischen Zeiten alle Mittel und Wege versuchen muß, um der Bevölkerung nur das an Mehrbelastungen zuzumuten, was vertretbar ist. Redner verlangt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen eine Untersuchung der bisherigen Kalkulationsmethoden bei den Stadtwerken.

Auf wiederholte Zwischenrufe von sozialistischer Seite, die darauf hinweisen, daß ja der Referent der Tariferhöhungen, Stadtrat Dkfm. Nathschläger, selbst der ÖVP angehört, antwortet GR.

Dipl.Ing. Rieger, daß ein großer Teil des Einflusses auf die Entwicklung der städtischen Unternehmungen nicht bei dem Amtsführenden Stadtrat liege.

Auch dem Verlangen nach Betriebsreform, um die Unternehmungen rationeller leiten zu können, gibt der Redner Ausdruck. Als Stadtrat Resch mit dem Zwischenruf: "Ihr Stadtrat!" wieder darauf hinweist, daß der Redner und der Referent der gleichen Partei angehören, erwidert GR. Dipl.Ing. Rieger darauf, daß das Ressort Betriebsreform nicht Stadtrat Nathschläger, sondern Stadtrat Fritsch unterstehe.

Der Redner stellt weiter fest, daß seit 1945 bei den städtischen Unternehmungen 750 Millionen Schilling für Investitionen aufgewendet wurden. Der Eigentümer der Unternehmungen jedoch, die Gemeinde Wien, hat den Betrieben keine finanzielle Hilfe geleistet. Die 750 Millionen wurden allein aus den Einnahmen der Unternehmungen gedeckt. Sogar die Kriegsschäden wurden von den Unternehmungen selbst behoben. Diese Investitionen haben jedoch die Stadtwerke in eine unangenehme Situation gebracht. Fast das gesamte Stammkapital ist aufgezehrt worden.

Der Redner gliedert nun die Kalkulation der städtischen Unternehmungen auf und wendet sich vor allem gegen die sogenannten Gebrauchsgebühren. Von den 120 Millionen Schilling, die durch dieses Gesetz vereinnahmt werden, leisten allein die Stadtwerke 105 Millionen, das sind 87 Prozent. Es zeigt sich also, daß dieses Gesetz fast ausschließlich zur Abschöpfung eines Betrages von den Stadtwerken geschaffen wurde. Die Stadtwerke sind jedoch im Eigentum der Gemeinde ebenso wie die öffentlichen Verkehrsflächen. Es soll also ein gemeindeeigenes Unternehmen für die Benützung gemeindeeigenen Gutes eine Gebühr bezahlen. Das hat die Fraktion der Volkspartei veranlaßt, im Landtag einen Antrag einzubringen, die Zahlung der Gebrauchsgebühren durch die städtischen Unternehmungen vorübergehend einzustellen. Der Redner weist auch darauf hin, daß andere Kosten, die die Stadtwerke tragen müssen, eigentlich Sache der Hoheitsverwaltung wären. So müssen die Verkehrsbetriebe die Gesamtpflasterung innerhalb des Bahnkörpers, also ein Drittel jeder Straße, durch die eine Straßenbahn fährt, instandhalten, obwohl diese Flächen dem öffentlichen Verkehr dienen. So sind durch den Umbau der Mariahilfer Straße

Kosten von 6 Millionen Schilling erwachsen, obwohl den Bedürfnissen der Verkehrsbetriebe die Auswechslung von 400 Meter Gleis genügt hätte. Auch der Umbau beim Westbahnhof ist kein Projekt der Stadtbahn. Auch dabei sind ungefähr 9 bis 10 Millionen den Verkehrsbetrieben aufgelastet. Dies alles muß bei der Einhebung der Gebrauchsgebühren berücksichtigt werden.

Der Redner sieht dann die Möglichkeit weiterer Einsparungen der Stadtwerke bei den sogenannten Rückstellungen und durch die Ermäßigung des kalkulatorischen Gewinnes. Ferner verlangt er langfristige Kredite durch die Hoheitsverwaltung. Die Gemeinde sei dazu fähig, weil sie seit 1945 bereits 141 Millionen Schilling an Krediten und Beteiligungen ausgegeben hat. Auch Stadtrat Resch hat anlässlich der Budgetdebatte erklärt, daß er die Kreditannahme für die Stadtwerke nicht ablehne.

Der Redner kommt zu dem Schluß, daß durch die von seiner Fraktion unterstützten Reformen in der Kalkulation sowohl die Tarife der Gaswerke, als auch die der Verkehrsbetriebe herabgesetzt werden könnten. Er stellt den Antrag, den Gaspreis pro Kubikmeter auf 76 Groschen zu erstellen und bei der Straßenbahn einen Kurzstreckentarif zu einem Schilling sowie eine Fünftage-Wochenkarte zu 6.20 bzw. 7.50 Schilling einzuführen. Damit könnte man der Bevölkerung beweisen, daß die Gemeinde auch als Unternehmer ihre Pflicht zu erfüllen weiß. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dipl.Ing. Keller (parteilos) sieht die Ursachen aller Preis- und Tariferhöhungen in der Vermehrung des wertlosen Geldes. Im Verlauf seiner langen Ausführungen wird er wiederholt durch ironische Zwischenrufe unterbrochen. Nach und nach leeren sich auch die Bänke und die Gemeinderäte verlassen den Saal. Der Redner verlangt als Ausweg aus den Lohn- und Preispakten eine gerechte Verteilung der Güter. Er wendet sich gegen die Saboteure der Wirtschaft und fordert die Verhaftung der Profithyänen. Er bezeichnet unsere Wirtschaftspolitik als völlig verfehlt und polemisiert gegen die Tätigkeit der Nationalbank, die nach seiner Meinung eine Inflation heraufbeschwört.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, muß den Redner wiederholt ermahnen, nicht zu verlesen und zur Sache zu sprechen. Nach dreimaliger Ermahnung entzieht schließlich der Vorsitzende dem Redner das Wort, als er den Wiener Gemeinderat als eine "komische Sache", bezeichnet. Als GR. Keller trotzdem weitersprechen will,

eilen einige sozialistische Gemeinderäte zum Rednerpult und sprechen erregt auf ihn ein. Unter den Protestrufen der sozialistischen Abgeordneten verläßt der Redner das Rednerpult.

Als Hauptredner der Sozialistischen Partei spricht Vizebürgermeister Honay, der unter anderem ausführt: So wie der Brot-  
alle Menschen in dieser Stadt trifft,  
preis/ so werden auch alle Wiener Haushalte von der Neuerstellung  
der Tarife unserer Monopolbetriebe betroffen. Daher muß jede Tarifierhöhung mit der größten Sorgfalt vorgenommen werden. Dies ist auch diesmal wieder geschehen. Die Gemeinde hat keinen Groschen mehr als notwendig von der Bevölkerung verlangt. Ja, die neuen Tarife decken nicht einmal die Eigenkosten. Beim Gaswerk und bei den Verkehrsbetrieben verbleibt ein ungedeckter Abgang von zusammen 190 Millionen. Es war in diesem Hause nicht immer so, daß die Tarife so erstellt wurden, daß die Gemeindeverwaltung nichts daran verdient hat. Wenn Lueger als Vorbild für eine kommunale Verwaltung bezeichnet wird, so hat er doch eine andere Tarifpolitik betrieben, als wir Sozialisten sie 1919 inauguriert haben. Damals wurden die drei städtischen Monopolbetriebe nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten geführt, die im Frieden im Jahresdurchschnitt rund 18 Millionen Goldkronen als effektiven Reingewinn an die Gemeindegasse abführten. Jeder Verbraucher von Gas und Strom, jeder Fahrgast mußte also damals seinen Tribut an die Gemeindegasse leisten. Es ist daher frivol, heute davon zu sprechen, daß mit diesen Tarifen in unserer Stadt eine Preistreiberei betrieben werde. Als die Demokratie 1919 in den Gemeinderat Einzug hielt, wurde mit dieser Tarifierstellung Schluß gemacht. Es war eine große soziale Tat der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung aus dieser Zeit, daß bei diesen drei Betrieben das Prinzip der Eigenkostendeckung eingeführt wurde, so daß Straßenbahnen, Elektrizitäts- und Gaswerke keine Gewinne mehr an die Gemeindegasse abzuliefern hatten. Die Sozialdemokratische Partei ist diesem Prinzip bis 1934 treu geblieben und hat es gegen eine sehr hartnäckige, zähe Opposition in diesem Hause verteidigt. Der Großteil der Bevölkerung dieser Stadt hat diese Art der sozialen Tarifierstellung auch verstanden, und die Sozialdemokratische Partei hat bei den Wahlen in dieser Stadt von Wahl zu Wahl eine größere Mehrheit erhalten.

Vizebürgermeister Honay nimmt sodann zu den Anträgen der

Volkspartei Stellung und bemerkt hiezu: Die Taktik, daß den Anträgen des Referenten Gegenanträge von der eigenen Partei entgegengesetzt werden, ist seit 1945 in diesem Haus neu. Von 1919 bis 1934 war es anders. Damals hat die Opposition, die Christlichsoziale Partei, kein Mitverwaltungsrecht besessen. Der damalige Gemeinderat Kunschak hat von der Rednertribüne dieses Hauses aus erklärt: Wir sind damit einverstanden, daß nun die Sozialdemokraten zeigen, was sie an Verwaltungskunst leisten können; wir werden nunmehr das süße Brot der Opposition essen. Heute erleben wir den merkwürdigen Vorgang, daß die Volkspartei ebenfalls dieses süße Brot der Opposition neben den Vorteilen der Mitverwaltung genießen möchte. Ich glaube, daß diese neue Taktik in diesem Hause auf die Dauer nicht möglich sein wird. (Zustimmung bei den Sozialisten. - Vizebürgermeister Weinberger: Genau so wie im Nationalrat!)

Die Volkspartei habe auch bemängelt, daß die Gemeindeverwaltung von den städtischen Unternehmungen ungefähr 48 Millionen an Gebrauchgebühren einnimmt. Selbst wenn man diese Gebrauchsgebühren streichen würde, könnte eine nennenswerte Senkung der Tarife nicht eintreten. Solche Gebühren werden in allen deutschen Städten von den kommunalen Unternehmungen eingehoben, und es sei selbst bei objektiver Betrachtung keine Berechtigung für die Befreiung zu erbringen. Jeder Schilling, der der Gemeindeverwaltung entzogen werde, fehle im Budget. Die Gemeinde könne nicht das große soziale Fürsorgewerk und den sozialen Wohnhausbau durch leichtfertige Einnahmenschmälerung gefährden.

Wir Sozialisten bejahen auch im Rathaus die Zusammenarbeit mit der Österreichischen Volkspartei, wir wünschen aber, daß sie aufrichtig und ehrlich sei. Was Sie hier heute aufgeführt haben, erinnert mich leider als noch lebenden Zeugen an die bösen Worte, die von der früheren Christlichsozialen Partei in diesem Saale bis 1934 so oft gesprochen wurden und denen dann sojuzentzliche Taten gefolgt sind. Ihre Dollfuß-Huldigung am 25. Juli gibt jedem Demokraten zu denken. Die Zusammenarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden seit 1945 mit der Volkspartei ist aus der Not unseres Volkes und aus der Not der Republik geboren worden. Wir Sozialisten nehmen heute noch an, daß die Volkspartei in ihrer Mehrheit den demokratischen Gedanken von 1945 treu geblieben ist. Aber die Art,

wie heute hier und in den letzten Tagen die Volkspartei sich gegenüber der Republik verhält, zwingt mich zu einer ernststen Mahnung: Wachen Sie darüber, daß Ihre Partei nicht wieder unter die Führung jener Elemente gerät, die Österreichs geschichtliches Unglück waren! (Vizebürgermeister Weinberger: Jeder soll darüber wachen!) Wachen Sie darüber, daß die demokratischen Grundlagen Ihrer Partei nicht erschüttert werden, daß die wirklichen Demokraten in Ihrer Mitte nicht wieder einflußlos und damit die Voraussetzungen der demokratischen Zusammenarbeit zerstört werden. Die Folgen wären auch für Sie unabsehbar.

Wir demokratischen Sozialisten führen einen schweren Kampf für die Demokratie an der Front, wo sie am stärksten bedroht ist. Wir führen diesen Kampf um die ruhige legale Entwicklung des Staatswesens im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Wir kämpfen gegen jedes Experiment der Gewalt. Diese Politik setzt jedoch Verständnis und Aufrichtigkeit der bürgerlichen Demokratie voraus. Versagt diese, dann nehmen die Dinge zwangsläufig den Verlauf, den die Welt kennt.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, schließt Vizebürgermeister Honay, namens der sozialistischen Fraktion mit Rücksicht auf die Vorkommnisse der letzten Zeit unseren Mitarbeitern in der Österreichischen Volkspartei das in aller Deutlichkeit zu sagen. (Starker, anhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Schwaiger (ÖVP) verweist auf die Tatsache, daß es das erstemal seit 1945 sei, daß die ÖVP in Opposition einen Antrag stellt, u.zw. einen für die Bevölkerung sehr bedeutungsvollen Antrag. Es sei das erste Mal, daß die Österreichische Volkspartei klar und offen erklärt, daß sie mit der Vorlage des Amtsführenden Stadtrates nicht einverstanden ist. Die SPÖ möge zur Kenntnis nehmen, daß das in Hinkunft öfter der Fall sein werde, wenn sich die Verhältnisse im Rathaus nicht ändern. Jede der beiden Parteien habe ihre Auffassung von Koalition. Ihre Auffassung - ruft er der SPÖ zu - von Koalition und Zusammenarbeit besteht scheinbar darin, daß Sie beschließen und wir Ja sagen! (Zustimmung bei der ÖVP.) Die ÖVP habe eine andere Meinung von einer echten Koalition und Zusammenarbeit, u.zw.: gemeinsame Beratung und dann gemeinsame Beschlußfassung!

Die ÖVP habe sofort nach Bekanntwerden des Inhaltes des

Direktionsvorschlag für die neuen Tarife mit der Sozialistischen Partei und der sozialistischen Fraktion im Rathaus die Verhandlungen aufgenommen, habe aber feststellen müssen, daß ihre sachlich begründeten Vorschläge von den Sozialisten strikt abgelehnt wurden. Die Sozialisten meinten wohl, es gelte hier das Sprichwort: "Vogel friß oder stirb!" Darauf lasse sich die ÖVP jedoch nicht ein. Die ÖVP sei gewillt, ihre sachlich begründeten Vorschläge nach wie vor in aller Öffentlichkeit zu vertreten.

Auch Vizebürgermeister Honay habe anerkennen müssen, daß die Investitionen der Unternehmungen, vor allem jene, die durch die Kriegsereignisse notwendig geworden sind, nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können und dürfen, sondern daß hierfür andere Wege gefunden werden müssen. Von den rund 700 Millionen an Investitionen der drei städtischen Unternehmungen seien allein 300 Millionen für die Behebung von Kriegsschäden verwendet worden. Bezüglich der Wege, wie diese Mittel aufgebracht werden sollen, habe die ÖVP bereits entsprechende Vorschläge gemacht.

Vizebürgermeister Honay habe zwar erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion nach 1919 die städtischen Unternehmungen niemals gewinnbringend, sondern immer nur kostendeckend geführt hätte: Es müßten aber auch die Gebrauchsgebühren als Gewinne der Gemeindeverwaltung bezeichnet werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Auf keinem Fall könne man es zulassen, daß der Staat seinen Betrieben, die Privatbetrieben Konkurrenz machen, bessere Bedingungen als den Privatbetrieben gibt. Man dürfe/zwischen den städtischen Unternehmungen und der Hoheitsverwaltung Unterschiede aufrichten, da es sich hier um Blut vom selben Blut und Fleisch vom selben Fleisch handle. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

Es sei unverständlich, warum man den städtischen Unternehmungen keine Investitionsanleihen gewähre. Der Rechnungsabschluß für 1950 habe gezeigt, daß 400 Millionen übrig geblieben seien. Die städtischen Unternehmungen hätten hievon keinen Groschen erhalten, während alle möglichen anderen Unternehmungen seit 1945 zirka 150 Millionen an Betriebskrediten und Darlehen bekommen haben. Aber nicht nur, daß man keine Investitionsanleihen gebe, es werden sogar die bereits gewährten Anleihen zurückgekauft.

Seit 1945 seien 45 Millionen für den Rückkauf von Anleihen ausgegeben worden.

Im November 1950 sei es sogar so weit gekommen, daß man um dieser Jahreszeit begann, die Straßen zu reparieren, weil man nicht mehr wußte, wie man das überschüssige Geld ausgeben sollte. (Erregte anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Diese Art der Finanzpolitik der Gemeinde gehöre endlich einmal angeprangert und müsse vor aller Öffentlichkeit festgestellt werden.

Es sei nicht so, daß die ÖVP nicht bereit sei, die Wiener Gemeindeverwaltung bei der Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben zu unterstützen. Auch die Forderung nach niedrigeren Gaspreisen und niedrigeren Straßenbahntarifen sei die Erfüllung einer sozialen Verpflichtung gegenüber der Wiener Bevölkerung. (Beifall bei der ÖVP. - Andauernde Zwischenrufe bei den Sozialisten.)

GR. Dr. Soswinski habe sich bemüht gefühlt, sehr warmherzig bezüglich des Kraftwerkes Lavamünd die österreichischen Interessen in diesem Hause zu vertreten. Wie stehe es aber mit seiner Vertretung österreichischer Interessen bei der Rückführung unserer Kriegsgefangenen, bezüglich des Abschlusses unseres Staatsvertrages, bei der Lösung der Frage Deutschen Eigentums, beim Erdöl usw? Es wäre angebracht, wenn er gerade bei diesen Fragen so energisch und so laut österreichische Interessen vertreten würde. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Zur Forderung des GR. Dr. Soswinski, daß die Wiener Gaswerke ihren gesamten Bedarf durch Erdgas decken sollen, müsse festgestellt werden: Eine solche Maßnahme wäre derzeit schon technisch nicht durchführbar. Außerdem würde die Gasversorgung Wiens von den kommunistischen Betriebsräten abhängen, die es in der Hand hätte, der Wiener Bevölkerung die Gaszufuhr abzuschneiden. Die Wiener Bevölkerung dürfe aber nicht der Willkür der kommunistischen Agenten bei der USIA ausgeliefert werden. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Grundsätzlich erklärt der Redner namens der ÖVP, daß die Investitionen nicht durch die Tarife, sondern durch Anleihen ge-

deckt werden sollen. Aus den Tarifen dürfen keinerlei Gewinne kommen, es dürfen nur jene Kosten der Wiener Bevölkerung verrechnet werden, die zur Weiterführung der einzelnen Unternehmungen notwendig sind. Wer für diese Gedankengänge eintrete, dem bleibe nichts anderes übrig, als für die Abänderungsanträge der ÖVP zu stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Marek (SPÖ) betont, es sei zu erwarten gewesen, daß der Linksblock die Gelegenheit benützen werde, um anlässlich dieser Beratungen seinen traditionellen Haß gegen das selbständige, unabhängige, freie, demokratische Wien zum Ausdruck zu bringen. Es sei einfach erschütternd, einen Wiener Gemeinderat in der Rolle des befohlenen Verteidigers ausländischer Interessen zu sehen. Es sei beschämend, einen Wiener zu hören, der Beifall klatscht, wenn man die Bevölkerung dieser Stadt demütigt, erniedrigt, beleidigt, striemt, ausbeutet und ausplündert, und der den Exoffoverteidiger ausländischer Interessen spielt. Wenn man die Vielfalt seines Materials über die Volksdemokratien und die Sowjetunion gehört habe, könnte man nur wünschen, daß er einen Teil seiner freien Zeit zum Studium der Nöte der Wiener Bevölkerung und der Fülle der Probleme verwendet, die uns beschäftigen. Man sehe bei den Rednern des Linksblocks förmlich den Schaum for dem Mund, wenn sie über den sogenannten Preispaht sprechen.

GR. Soswinski habe im Namen der Volksrepublik Polen in Dollars gerechnet, aber als "österreichischer" Gemeinderat habe er die anderen Kalkulationen in Schillingen gegenübergestellt, nur um zu beweisen, daß die Kohlenpreise Polens bzw. der Tschechoslowakei vollkommen gerechtfertigt seien. GR. Marek betont, er wolle ein Versäumnis Dr. Soswinskis nachholen, nämlich die Vergleichspreise, die für die Ruhrkohle zu bezahlen sind, anzuführen.

Die für das Gaswerk benötigte Ruhrkohle habe am 1. Juli 1950 206,68 S pro Tonne gekostet, sie koste seit 16. Juli dieses Jahres 420,61 S. Der Preis der Ostrauer Kohle habe am 1. Juli 1950 207,04 S betragen, sie koste jedoch seit 16. Juli dieses Jahres 653,08 S.

Polen verlange für dieselbe Kohle, die es an Österreich für 24 Dollar pro Tonne verkauft, im Verkehr mit den skandinavischen Staaten nur 21.5 Dollar, für Lieferungen nach Ostdeutschland nur 16.5 Dollar (Rufe: Hört! Hört!), für Lieferungen in die Sowjetunion sogar nur 8 Dollar pro Tonne. (Erneute Hört!Hört!-Rufe.)

Die in Österreich liegenden Grünbacher Steinkohlenbergwerke, die Deutsches Eigentum sind, sind unter USIA-Verwaltung, so daß den österreichischen Stellen kein Einfluß auf die Förderung, die Kalkulation und die Preisbildung zusteht. Während diese Werke die Kohle im Jänner 1949 noch zum Preise von 125 S lieferten, verlangt die USIA-Verwaltung seit März 1951 350 S pro Tonne. (Hört!Hört!-Rufe.) Wenn die gleichfalls in Österreich geförderte Braunkohle zwar qualitätsmäßig nicht an die Steinkohle heranreiche, so sei es doch bezeichnend, daß der Preis dieser Kohle von 80 S im April 1950 nur auf 95 S pro Tonne im Juli 1951 gestiegen sei.

Die unverhältnismäßig starke Verteuerung der polnischen und tschechoslowakischen Kohle, aber auch der aus den inländischen USIA-Betrieben stammenden Kohle sei der Ausdruck einer politischen Linie. Dr. Soswinski könne auch durch noch so lautes Schreien diese Schande, die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgehens nicht mildern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. - Erregte Zwischenrufe.)

Ein ganz besonders trauriges Kapitel sei die von Dr. Soswinski angeschnittene Erdgasfrage. 51 Prozent der "Südostdeutschen Erdgasgesellschaft", die im Jahre 1940 gegründet wurde, stehen unter der Verwaltung der USIA, je 24.5 Prozent gehören den Ländern Wien und Niederösterreich. Die von den beiden Ländern nominierten Verwaltungsräte wurden trotz wiederholter Urgezen bis zum heutigen Tage noch nie zu Sitzungen einberufen, so daß weder Wien noch Niederösterreich irgend eine Möglichkeit der Kontrolle haben. (Andauernde Zwischenrufe.) Der Erdgaspreis betrug im Jänner 1951 noch 14 Groschen, seit 1. Juni 1951 verlangt die USIA 25.5 Groschen pro Kubikmeter, also um 82 Prozent mehr..

Der Erdgaslieferungsvertrag mit den Gaswerken war am 30. Dezember 1950 abgelaufen, es war jedoch bisher nicht möglich, die neuen Verhandlungen zu einem Abschluß zu bringen. Es wurde viel-

mehr das auf österreichischem Boden gewonnene Gas, das wir dringend für die Gaserzeugung brauchen, gedrosselt. Wir müssen es der Wiener Bevölkerung sagen, daß wir sechseinhalb Jahre nach Beendigung des Krieges so behandelt werden, wie seinerzeit die Neger am Unterlauf des Senegal durch die Kolonisatoren. (Stürmische Zustimmung bei der SPÖ.) Hier treten die Kommunisten nicht dafür ein, daß wir das Erdgas zu einem Preis bekommen, der es ermöglicht, unsere Wirtschaft und unsere Kommunalverwaltung in Ordnung zu halten.

Mit Parade-Urabstimmungen in den USIA-Betrieben, die nicht mehr wert sind, als der sogenannte Volksentscheid am 10. April 1938, könne man die Wahrheit nicht verdunkeln.

Da der Linksblock immer davon spricht, wie gut die Menschen in den Volkdemokratien leben, wolle der Redner einige Verbrauchsziffern anführen. Der Fleischverbrauch betrage in der Sowjetunion 6.5 Kilogramm pro Kopf und Jahr, in Ungarn 14,3 und in Österreich 32.5 Kilogramm. Der Fettverbrauch sei in der Sowjetunion 6.5 Kilogramm, in Ungarn 11.7 und in Österreich 16 Kilogramm pro Kopf und Jahr, der Zuckerkonsum in der Sowjetunion 12, in Ungarn 13 und in Österreich 25 Kilogramm, der Mehlverbrauch in der Sowjetunion 95, in Ungarn 84 und in Österreich 116 Kilogramm. Diese Ziffern sollen nicht dazu dienen, um zu sagen, daß es uns besonders gut geht, sollen aber aufzeigen, daß es uns trotz der wirtschaftlichen Not der heutigen Zeit nicht schlechter als anderswo geht.

GR. Marek stellt weiter fest, daß in den Jahre 1950 und 1951 Österreich 21.8 Millionen Dollar an ERP-Mitteln zur Verfügung gestellt wurden. 18.2 Millionen Dollar wurden zusätzlich zur Verfügung gestellt. Ferner ist festgestellt worden, daß die Preisbildung auf den Weltmärkten eine sinkende Tendenz zeigt. Hoffen wir, daß die trügerischen Spannungen eine Lösung finden, dann wird der Preisauftrieb, der seit dem 30. Juni 1950 eingetreten ist, weiter zurückgehen und wir werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten leichter lösen können.

Wenn man jedoch die Ausführungen des Linksblocks aneinanderreihet, wird genau die Linie erkennbar: Nicht nur die Freude an den Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, sondern es ge-

schiebt alles, um der österreichischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Das ist die Stellung der Kommunisten, die sie auch früher eingenommen haben. Die Methoden sind in einer jahrzehntelangen Entwicklung die gleichen geblieben. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, die Einheit der Arbeiterklasse zu sprengen. Es ist ihnen damals nicht gelungen und es wird ihnen auch heute nicht gelingen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Redner ging dann auf die Politik ein, die die Österreichische Volkspartei heute in diesem Saal eingeschlagen hat. StR. Dkfm. Nathschläger hat heute Anträge vertreten, die seine Parteifreunde als Anträge der Direktion bezeichnet haben. Das heißt, man will dem Amtsführenden Stadtrat die Rolle zumuten, Direktionsanträge zu vertreten. Der Redner sagte, er habe das Gefühl, daß man hier an der Wende einer politischen Entwicklung stehe. Die Ausführungen des GR. Dipl. Ing. Rieger bezeichnet er als die Antrittsrede eines neuen Stadtrates, der nachweist, daß der bisherige Stadtrat das Vertrauen nicht besitzt. GR. Rieger habe geradezu liebevoll zusammengetragen, was gegen die Gemeindeverwaltung spricht. Man wisse aber genau, daß die Verkehrsbetriebe schwer unter den Unterlassungssünden seit dem Jahre 1934 leiden. (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten. - Protestrufe bei der Volkspartei.) Der Redner bezeichnet es als gefährlich, die von ihm aufgezeigte politische Linie zu vertreten und weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß man in Verfolg dieses Systems im Parlament ein Gesetz nicht verabschiedet hat mit der Begründung, man scheue sich, es einem Sozialisten in die Hand zu geben. Wenn aber in diesem Winter das Verbundnetz zusammenbricht, dann ist das keine Angelegenheit der sozialistischen Fraktion dieses Hauses, sondern dann bedeutet jeder Zusammenbruch einen Millionenschaden durch den Ausfall der Produktion.

GR. Marek wendet sich sodann gegen einen Artikel in der "Neuen Wiener Tageszeitung", in dem unter dem Titel "Mieter ziehen aus den Gemeindebauten aus" Unrichtigkeiten verbreitet wurden, die unter den Gemeindemieterern Beunruhigung hervorriefen. (Vizebürgermeister Weinberger: Beschämend! Unsachlich!) Der Redner empfahl den Gemeinderäten der Volkspartei, in Zukunft bei der Wahrheit zu bleiben. Unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen sagte

GR. Marek, daß die Sozialisten auch den Mut haben, die demagogischen Anträge der Volkspartei über die Gaspreise abzulehnen, weil sie sich verpflichtet fühlen, den Notwendigkeiten zu gehorchen.

Zu dem Antrag auf Einführung eines Teilstreckentarifes bemerkte der Redner, daß dazu die Normalisierung des Fahrparkes notwendig sei und daß dann der Regelfahrschein zugunsten der Kurzstreckenfahrer erhöht werden müßte. Das heißt, daß der Arbeiter mehr bezahlen müßte. (Gegenrufe bei der Volkspartei und bei den Unabhängigen.)

Zu den Ausführungen von GR. Dipl.Ing. Keller (parteilos, früher WdU) sagte GR. Marek, daß dieser wohl die Möglichkeit habe, hier zu sprechen. Es geht aber nicht an, daß dieses große Entgegenkommen von ihm zu antidemokratischen Bemerkungen benützt wird. Er könne diese Körperschaft nicht eine komische Einrichtung nennen. Es wird vielleicht hoch an der Zeit sein, die Voraussetzungen zu untersuchen, unter denen GR. Keller hier ist. (GR. Dipl.Ing. Keller: Ich habe diese Worte nicht gesagt!)

Abschließend bemerkte GR. Marek unter dem stürmischen Beifall seiner Fraktionskollegen, wenn der Finanzminister gesagt habe, der Bund sei kein guter Onkel, so müsse er mit aller Deutlichkeit sagen, daß auch Wien kein Stiefkind sei. Es geht nicht an, daß der Gemeinde keine Möglichkeit geboten wird, die Bedeckung ihrer Mehrbelastungen vorzunehmen. Mit dem Gefühl der Verantwortung erklärte er in Namen seiner Partei, den Anträgen des Berichterstatters zustimmen zu wollen, die Anträge der ÖVP aber abzulehnen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten.)

In seinem Schlußwort bemerkt StR. Dkfm. Nathschläger zu der Kritik an der Umstellung von Gleichstrom auf Drehstrom, daß derzeit nur Drehstrom erzeugt werde. Die Umwandlung auf Gleichstrom verursache ziemlich hohe Kosten. Die Umstellung werde in 20 bis 25 Jahren beendet sein. Diese Umgestaltung des Wiener Elektrizitätsnetzes werde der Gesamtheit der Wiener Abnehmer zugutekommen, weil die teure Umformung auf Gleichstrom dann auch im Preis wegfallen würde.

Die Lizitationspolitik des GR. Dr. Soswinski, die diesmal statt nach oben nach unten gerichtet gewesen sei, müsse er ablehnen und seinen Antrag gleichfalls zur Ablehnung empfehlen.

Die vom GR. Dipl.Ing. Rieger vorgetragene Anträge der

Österreichischen Volkspartei basieren auf drei Grundsätzen. Erstens wird darauf hingewiesen, daß die Gebrauchsgebühr nicht zeitgemäß wäre; zweitens wird der Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß die Überwälzung der Investitionen auf die Tarife nur insoweit vorgenommen werden dürfe, als die Belastung der jetzigen Generation zumutbar sei; drittens soll der Gewinnzuschlag, der mit 8 Prozent zwar preisrechtlich vertretbar sei, um 2 Prozent reduziert werden. Es liege ihm als dem zuständigen Stadtrat am Herzen, die Investitionen in großem und schnellem Ausmaße fortsetzen zu können. Wir müssen uns sehr großer Anstrengungen befleißigen, um nicht den Anschluß an die Verkehrsbedingungen im Auslande zu verlieren. Es werde notwendig sein, vor allem für die Verkehrsbetriebe, verhältnismäßig große Summen für die Dauer zur Verfügung zu stellen. Da derartige Beträge bei den gegenwärtigen Einnahmen nicht untergebracht werden können, sei die Hilfe der Stadt unerläßlich geworden.

Der Stadtrat entwickelt in längeren Ausführungen fünf Punkte, wie diese Hilfe durch die Stadt Wien erfolgen könne: 1.) in weitgehendem Ausmaß durch eine Unterstützung der Stadt, indem die Hoheitsverwaltung das Defizit der Unternehmungen übernimmt; 2.) durch Übernahme bestimmter großer Investitionen, die nur mittelbar von den Unternehmungen durchgeführt werden, wie zum Beispiel der Ausbau der Stadtbahnstrecke nach Heiligenstadt, die Ausgestaltung der Gürtellinie und des Schwedenplatzes; 3.) durch Gewährung langfristiger Kredite seitens der Hoheitsverwaltung bei geringsfügiger Verzinsung; 4.) durch Gewährung von ERP-Krediten; 5.) eine Hilfe der Stadt bei der Erlangung von Auslandskrediten durch Haftungsübernahme, Zinsengarantie usw. Diese Gedankengänge seien mit der Mehrheit besprochen worden, hätten bei dieser jedoch zum großen Teil keinen Anklang gefunden. Man könne, wenn man durch Jahrzehnte an bestimmten Grundsätzen festhalte, diese Grundsätze nicht auf einmal über Bord werfen. Die Bevölkerung werde aber im steigenden Maße ein Interesse an diesen Belangen nehmen und ihre beschleunigte Durchsetzung fordern.

Es fehlen somit, argumentiert StR. Dkfm. Nathschläger, die Voraussetzungen, um die Anträge der Volkspartei zur Annahme zu empfehlen. Aus diesen Gründen müsse er beantragen, die Anträge der Volkspartei abzulehnen. (Lebhafter Beifall bei den Soziali-

sten.)

Zu den Ausführungen des Vizebürgermeisters Honay wolle er unterstreichen: Die Zusammenarbeit ist aus der Not von 1945 geboren. Ich stehe nicht an zu erklären, daß die Not noch lange nicht gebannt ist und daß wir gut daran tun, wenn wir die Zusammenarbeit noch sehr, sehr lange fortsetzen und am besten nicht wieder abreißen lassen. Zu diesem Standpunkt bekenne sich nicht nur er, sondern auch die Fraktion der Österreichischen Volkspartei. Dazu sei es aber notwendig, daß wir die Führung dieser Stadt nicht immer und ausschließlich nach alten Doktrinen vornehmen, sondern nach Rezepten, die abänderungsmöglich sind und die sich den Zeitläufen anpassen. In der Politik sollte es keine Dogmen, sondern höchstens Grundsätze geben und man sollte den Fluß der Zeit gelten lassen.

Abschließend empfiehlt der Referent, die von ihm vorgelegten Anträge zu genehmigen.

Bei der von Bürgermeister Jonas durchgeführten Abstimmung werden zunächst sowohl die Anträge Dr. Soswinski wie auch die Anträge Dipl.Ing. Rieger, für die nur die Volkspartei stimmt, abgelehnt. Sodann werden die Anträge des Referenten auf Neufestsetzung der städtischen Tarife mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

#### 126.500 S Subventionen der Gemeinde Wien

Als nächster Punkt gelangt die 3. Subventionsliste 1951 zur Verhandlung, über die StR. Rosch (SPÖ) berichtet. An 11 Körperschaften und Vereine werden Subventionen in der Höhe von 126.500 S gewährt, darunter an das Landesjugendreferat des Stadtschulrates 50.000 S, für den Wiener Rennverein 33.000 S, zur Kartoffelkäferbekämpfung 20.000 S, für die Fortbildungsschule der Hausgehilfinnen und für den Arbeiter-Abstinenzantenbund je 5000 S.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) stellt den Antrag, die dem Wiener Rennverein zugedachten 33.000 S der Gesellschaft zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit zuzuwenden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

Hierauf referiert GR. Planek (SPÖ) über die Neufestsetzung der Schulgelder für die Musiklehranstalten und die Modeschule der Stadt Wien. Er bemerkt hiezu, daß sich die Schulgelderhöhung durchaus in vertretbaren Grenzen halte. Er ersuchte um die Zustimmung

zu dem Antrag.

GR. Maller (LBl.) wendet sich gegen die Erhöhung. Für Arbeiterkinder sei anscheinend in den Kulturinstituten der Gemeinde Wien kein Platz. Aus diesem Grund stimme seine Fraktion gegen den Antrag.

GR. Planek weist darauf hin, daß es im wesentlichen die Kindersingschulen sind, die besonders in die Breite wirken. Bei ihnen tritt jedoch keine Erhöhung im Rahmen des 5. Lohn- und Preisabkommens ein. Überdies wird es auch bei den heutigen Verhältnissen für den Arbeiter möglich sein, in der Woche 50 Groschen für die musikalische Erziehung seines Kindes aufzubringen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

GR. Antonie Alt (SPÖ) referiert über die Gebührenfestsetzung an der Fürsorgeschule der Stadt Wien. Die Gebühren sind seit 1946 unverändert geblieben, die wirtschaftlichen Voraussetzungen haben sich jedoch wesentlich geändert. Die Referentin stellte daher den Antrag, die Gebühren neu festzusetzen, und zwar beträgt die Aufnahmegebühr 50 S, das monatliche Schulgeld 30, die Prüfungstaxen pro Jahrgang 30 S. Der Magistrat wird jedoch ermächtigt, Ermäßigungen oder Befreiungen zu gewähren.

GR. Guger (LBl.) wendet sich gegen die Erhöhungen, die er als unsozial bezeichnet; deshalb wird seine Fraktion dem Antrag nicht die Zustimmung geben.

GR. Antonie Alt verweist im Schlußwort auf die Gemeindevorrichtungen für die weniger Bemittelten, denen durch Stipendien, Freiplätze usw. der Besuch der Schule möglich wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

GR. Helene Potetz (SPÖ) übernimmt den Vorsitz.

GR. Frieda Nödl (SPÖ) referiert einen Antrag über die Festsetzung der Gebühren an der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen. Nur ein geringer Teil der Kosten wird durch das Schulgeld hereingebracht. Die Gebühren betragen: Die Aufnahmegebühr 30 S, das monatliche Schulgeld 20 S, die Prüfungstaxen pro Jahrgang 20 S. Auch hier ist Ermäßigung oder Befreiung möglich.

GR. Hausner (LBl.) sagt, daß mit diesem Antrag wieder ein Stück vom sozialen Wien abgebaut wurde. Er weist darauf hin, daß

für diese Schule früher kein Entgelt eingehoben worden ist und lehnt im Namen seiner Fraktion den Antrag ab.

GR. Frieda Nödl bezeichnet im Schlußwort die Gebühren lediglich als eine Anerkennung dafür, daß es die Gemeinde Wien jungen Menschen ermöglicht, einen Beruf zu erlernen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Über die Beitragserhöhung für die Kindergärten und Horte der Stadt Wien referiert gleichfalls GR. Frieda Nödl (SPÖ). Das Besuchsgeld wird auf 6 S wöchentlich festgesetzt, der Krippenbeitrag für Kinder von 0 bis 2 Jahren beträgt wöchentlich 30 S. Der Beitrag für die Ausspeisung beträgt 10 S in der Woche, die Ausspeisung umfaßt fünf Wochentage. Auch hier sind Ermäßigungen und Befreiungen vorgesehen.

GR. Guger (LBl.) lehnt den Antrag ab.

GR. Frieda Nödl bezeichnet es im Schlußwort als selbstverständlich, daß der Linksblock dagegen gesprochen hat. Sie stellt fest, daß auch die Kinderbeihilfen erhöht wurden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) referiert die Beitragserhöhung für die Schülerausspeisung, die mit Beginn des neuen Schuljahres auf 7.50 S pro Vollzahler, auf 3.50 S für Halbzahler und auf 1 S für alle anderen Teilnehmer wöchentlich festgesetzt wird.

GR. Maller (LBl.) bemerkt, daß die Teilnehmerzahl an der Schülerausspeisung schon bisher zurückgegangen sei. Durch die Erhöhung wird die Zahl noch weiter sinken. Der Linksblock wird gegen den Antrag stimmen.

GR. Hedwig Lehnert sagt im Schlußwort, es ist richtig, daß die Teilnehmerzahl zurückgegangen ist, aber nicht wegen der Höhe des Beitrages, sondern weil die Kinder schon wählerischer geworden sind.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referiert über die nachträgliche Genehmigung der an die Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien bezahlten Abgeltungsbeträge für die sechs Wochen vom 16. Juli bis 31. August dieses Jahres. Jeder Hauptunterstützte erhält für die-

sen Zeitraum einen Betrag von 75 S, jeder Mitunterstützte über 21 Jahren 54 S und jeder Mitunterstützte unter 21 Jahren 67.50 S. Die Beratungen über die Neufestsetzung der Richtsätze konnten noch nicht abgeschlossen werden, so daß diese Zwischenlösung getroffen werden mußte. Diese Erhöhung werde bei 26.000 Dauerbefürsorgten eine Mehrausgabe von rund 1.5 Millionen Schilling erfordern.

GR. Kowatsch (ÖVP) bedauert, daß die endgültige Regelung erst im September werde getroffen werden können. Er spricht die Hoffnung aus, daß bei der Neubestellung der Richtsätze die Rentner mehr als 50 S zu ihren Renten dazubekommen. Die Schuld daran, daß die Dauerbefürsorgten noch nicht ihre endgültigen Beträge bekommen, liege sicherlich beim Rotstift des Finanzreferenten. Vizebürgermeister Honay und der Finanzreferent mögen bei der kommenden Regelung wirklich ein warmfühlendes Herz für die notwendigsten Bedürfnisse der Ärmsten der Armen finden.

GR. Dr. Soswinski (LBL.) betont, es sei bereits eine üble Gewohnheit geworden, daß die Rentner nur einen Bruchteil dessen bekommen, um was die Preise tatsächlich steigen. Die gewährte Vorschußzahlung sei viel zu gering. Es werde diesen Rentnern nicht möglich sein, mit den gewährten Beträgen 6 Wochen das Auslangen zu finden. Der Redner beantragt daher die Verdoppelung der vorschußweise bezahlten Erhöhung.

Berichterstatter Honay macht in seinem Schlußwort darauf aufmerksam, daß die Gemeinde in diesem Jahr an die Dauerunterstützten nahezu 50 Millionen Schilling auszahle. Die Vorschüsse mußten deshalb ausbezahlt werden, um zu gewährleisten, daß die Befürsorgten rechtzeitig in den Genuß der Erhöhungen kommen.

Den Ausführungen des GR. Dr. Soswinski gegenüber stellt der Referent fest, daß es sich hier ja nur um Richtsätze handelt, so daß einzelne Familien allein aus den Fürsorgeetat der Gemeindeverwaltung monatlich über 1000 S erhalten. Die Richtsätze werden von den Fürsorgeräten sehr weitgehend ausgelegt. Die vom GR. Dr. Soswinski beantragte Erhöhung empfiehlt der Referent zur Ablehnung.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Hierauf berichtet GR. Kowatsch (ÖVP) über Tarifänderungen für die ambulatorische Behandlung von Krankenkassenmitgliedern

in den Ambulatorien der Wiener städtischen Krankenanstalten.

GR. Guger (LBl.) weist darauf hin, daß durch diese Tarifänderungen weitere Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung eintreten. Der Linksblock werde diesem Antrag nicht zustimmen.

Der Berichterstatter betont hiezu, die Tarifierhöhungen seien durch die Erhöhung der Personalkosten und ganz besonders durch die Erhöhung der Materialkosten, die um 50 bis 100 Prozent gestiegen sind, begründet.

Der Antrag wird angenommen.

Den Bericht über die Verpflegskostenneufestsetzung im Zusammenhang mit dem 5. Lohn- und Preisabkommen in den Wiener städtischen Altersheimen, den Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke, den Jugendfürsorgeanstalten und den Herbergen für Obdachlose erstattet GR. Antonie Platzer (SPÖ.)

GR. Guger (LBl.) bemängelt, daß die Erhöhungen viel zu hoch gegriffen seien. In den Erziehungsheimen betrage die Erhöhung pro Tag 6 S, so daß die Eltern nunmehr 180 S im Monat mehr zu bezahlen haben. Auch die Verpflegskosten in den Obdachlosenheimen seien um 75 S im Monat erhöht worden. Dies mache bei zwei Personen 150 S aus, obwohl die sogenannte Kompensation nur 140 S beträgt.

Berichterstatterin GR. Platzer beantragt die unveränderte Annahme der vorgeschlagenen Sätze, da es sich bei den Forderungen des Linksblocks nur um seine übliche Lizitationspolitik handle.

Der Antrag der Referentin wird angenommen.

Sodann erstattet GR. Franziska Krämer (SPÖ) den Bericht über die Neufestsetzung der Gebühren der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt.

GR. Hausner (LBl.) stellt fest, daß der Magistrat bei keiner Leistung die Erhöhung vergessen habe. Der vorliegende Antrag sei ein Anschlag gegen die Gesundheit vieler tausender Menschen, ja ein Anschlag gegen die Hygiene unserer Stadt. Es sei unverständlich, die Gebühr für eine Untersuchung auf Typhus um 25 Prozent zu erhöhen, in einer Zeit, in der eine Typhusepidemie ausgebrochen ist.

Berichterstatterin GR. Krämer unterstreicht, daß gerade diese Anstalt entsprechende Gebührensätze zugewilligt erhalten müsse,

weil ihre Arbeit für das Gesundheitswesen der Stadt von ungemainer Wichtigkeit sei.

Der Antrag der Referentin wird angenommen.

Hierauf erstattet GR. Fürstenhofer (SPÖ) den Bericht über die Umgestaltung des Matzleinsdorfer Platzes. Hier sei darangehen worden, eines der größten Verkehrsprobleme der Stadt zu lösen.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) erklärt, dieser Kostennachtrag für den Umbau des Matzleinsdorfer Platzes zeige, daß die Vorarbeiten für dieses Projekt nicht mit jener Sorgfalt durchgeführt wurden, die man von einer ordentlichen Verwaltung verlangen könne. Selbstverständlich müsse man jetzt dem Zusatzkredit zustimmen, weil die Umfahrung eben notwendig sei.

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) beantragt hierauf neue Vergütungssätze für die Räumung der Senkgruben und für die Behebung von Verstopfungen der Unratsleitungen.

GR. Hausner (LBl.) bezeichnet diese Erhöhungen als ausgesprochen asoziale Maßnahme für die Wiener Randgemeinden. So habe ein Bewohner des 22. Bezirkes im Jahre 1950 368 S an diesen Gebühren entrichtet. Nach der jetzigen Erhöhung werde er noch viel mehr zahlen müssen. Seine Fraktion sei nicht in der Lage, den beiden Vorlagen zuzustimmen.

Die Anträge des Berichterstatters werden angenommen.

#### Die neuen Bäderpreise

Über die Neufestsetzung der Preise für die städtischen Bäder berichtet gleichfalls Stadtrat Thaller (SPÖ). Die Erhöhung der Bäderpreise, die ab 1. August d.J. erfolgt, wird im Durchschnitt 50 Prozent betragen. Bei einem Aufwand von insgesamt 20 Millionen sollen durch die Erhöhung die Einnahmen von 11 auf 17 Millionen gebracht werden. Die städtischen Bäder seien selbst mit den neuen Preisen noch immer weitaus billiger als die privaten Bäder. Die Besitzer von Dauerkarten für städtische Sommerbäder brauchen für diesen Sommer keine Nachzahlung mehr leisten.

Im einzelnen erfahren die Bäderpreise folgende Erhöhungen:

Von den Sommerbädern erhöht das Strandbad Gärschäufel die Preise für die Kabine ganztägig von 6 auf 9 S, halbtägig von 3.50 auf 5 S, für ein Kästchen ganztägig von 3.50 auf 5.50 S, halbtägig von 2.20 auf 3.50 S, und für Kinder ganztägig von 80 g auf 1.20 S und halbtägig von 50 g auf 70 g. Das Strandbad Alte Donau erhöht die Halbtagskarte für eine Kabine von 3.20 auf 4.50 S und für ein Kästchen von 1.50 auf 2.30 S, die Kinderkarte von 25 auf 40 g.

In den geschlossenen Bädern werden beispielsweise im Amalien- und Jörgerbad folgende Preiserhöhungen vorgenommen: Dampfbad Kabine von 5 auf 7.50 S, Kästchen von 4.40 auf 6.50 S, Wannenbad II. Klasse von 3.80 auf 5.80 S, Brausebad II. Klasse von 70 g auf 1 S, Schwimmbad Kabine von 2.70 auf 4 S, Kästchen von 2 auf 3 S, Kinder von 80 g auf 1.20 S.

GR. Wicha (WdU) spricht sich gegen die Erhöhung der Tarife in den Sommerbädern aus, weil weder Wasser noch Sonne und Luft teurer geworden seien.

GR. Maller (LBl.) erklärt, die Vorlage beweise, daß es nicht die polnische Kohle sei, die die Preiserhöhungen hervorgerufen habe, denn die Alte Donau, die nun auch teurer werde, würde keinesfalls mit polnischer Kohle geheizt. Weil diese Erhöhungen die breitesten Kreise treffen und am wenigstens motiviert seien, stimme seine Fraktion gegen die unsoziale Erhöhung der Bäderpreise.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) stellt fest, daß es bei den neuen Preisen für eine Familie mit Kindern fast nicht mehr möglich sei, die Bäder zu besuchen. Ein Bad sei kein Luxus, sondern gehöre zu den unumgänglich notwendigen hygienischen Einrichtungen.

Sie stellt namens der ÖVP folgenden Antrag:

1. Die Preise für Kinder sowohl in den städtischen Sommerbädern als auch in den Brause- und Schwimmbädern werden nicht erhöht, sondern bleiben auf der bisherigen Preisstufe. 2. Die Kinderpreise gelten nicht nur für Kinder von 1.30 m Größe, sondern für alle Jugendlichen bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres.

3.) Hochschülern und Hochschülerinnen und sonstigen in der Berufsausbildung stehenden Jugendlichen sind die gleichen Ermäßigungen zu gewähren wie den übrigen Jugendlichen bis zur Vollendung des 22. Lebensjahres. 4.) Die "Wertmarken" für Jugendliche sind einheitlich mit 30 g festzusetzen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß die außerordentliche Höhe des Abganges bei den Bädern die Erhöhungen unbedingt notwendig mache. Er müsse daher sämtliche Anträge zur Ablehnung empfehlen. Selbst nach Durchführung dieser Erhöhung würden die Bäderpreise im Durchschnitt erst das Dreieinhalbfache bis Vierfache der Preise von 1937 betragen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Hiltl gegen die Stimmen der Volkspartei und der Unabhängigen abgelehnt. Der Antrag des Referenten auf Erhöhung der Bäderpreise wird mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

StR. Dr. Robetschek (ÖVP) referierte über die Änderung der Ansätze des Gebührentarifes für die Friedhöfe und Urnenhaine der Stadt Wien. Der gesteigerte Personal- und Sachaufwand des Friedhofbetriebes erfordert zur Bedeckung der Mehrausgaben zusätzliche Mehreinnahmen. Es war daher notwendig, neue Gebühren zu errechnen. Insgesamt sind damit die Gebühren gegenüber dem Jahr 1937 erst um das 3.1-fache gestiegen. Die Bestimmungen treten am 1. September dieses Jahres in Kraft.

GR. Hausner (LBl.) bemerkt, daß heute Preiserhöhungen sozusagen von der Wiege bis zum Grab behandelt wurden. Er nimmt gegen die Erhöhungen Stellung, weil es für die arbeitende Bevölkerung wieder schwieriger wird, ein pietätvolles Begräbnis durchzuführen. Außerdem wird auf den Friedhöfen der Klassenunterschied besonders stark zum Ausdruck gebracht. Der Redner lehnt daher den Antrag ab.

Stadtrat Dr. Robetschek erwidert in seinem Schlußwort, daß neben den Gebührenerhöhungen auch eine ganze Reihe von Verbilligungen vorgenommen wurden. Gerade dort, wo es sich um geringere Klassen handelt, sind Ermäßigungen eingetreten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblock angenommen.

StR. Bauer (ÖVP) referiert unter einem über die Erhöhung der Gebühren für die Benützung der Wiener Markteinrichtungen, eine 100-prozentige Erhöhung der Gebühren für die Benützung der Wiener städtischen Vieh- und Schlachthöfe sowie über die Neufestsetzung der Raumbenützungsgebühren bei den Berufsschulen.

Er führt dazu aus, daß die Gemeinde von dem Standpunkt ausgegangen ist, die Markt- und Schlachthofgebühren möglichst niedrig zu halten, um die Versorgung der Bevölkerung nicht zu gefährden. Schon im Frühjahr war jedoch beabsichtigt, die Marktgebühren zu erhöhen, weil die Entwicklung bedrohliche Formen angenommen hat. Der Abgang betrug bei den Vieh- und Schlachthöfen im Jahr 1948 3,9 Millionen, im Jahr 1949 4,7 Millionen, im Jahr 1950 6,8 Millionen und im Jahr 1951 sind 9,7 Millionen veranschlagt. Bei den Marktgebühren war der Verlust 1948 3,2 Millionen, 1949 4,1 Millionen, 1950 4,1 Millionen, und für 1951 sind 6,5 Millionen veranschlagt. Es ist daher nicht mehr zu verantworten, Steuergelder für diese Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Bei den Berufsschulen handelt es sich um eine Erhöhung für Raumüberlassungen aller Art im Zentralberufsschulgebäude, in allen der Magistratsabteilung 56 unterstehenden Schulgebäuden und an den Handelsakademien.

GR. Maller (LBl.) sagt zu den beiden ersten Anträgen, daß diese Erhöhungen zum Anlaß genommen werden, um die Preise auf den Märkten um ein Vielfaches dieses Betrages hinauszusetzen.

Bei der Erhöhung der Raumbenützungsgebühren kritisiert der Redner vor allem, daß damit eine Verteuerung der Gebühren für die von der Jugend dringend benötigten Turnsäle eintritt.

In seinem Schlußwort bemerkt StR. Bauer, daß man die Erhöhung der Markt- und Schlachthofgebühren nach reiflicher Erwägung durchgeführt hat. Wenn die Erhöhung nicht früher beantragt wurde, so deswegen, weil die Stadt Wien erst ausreichend mit Obst und Gemüse beschickt werden mußte.

Zu der Frage der Raumgebühren stellt der Referent einen Irrtum des Debattenredners richtig. Bei den Turnsälen handelt es sich nur um die Turnsäle der Berufsschulen. Die Gebühren für die Turnsäle in den anderen Schulen erhöhen sich nicht.

27. Juli 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1389

Bei der Abstimmung wurde der Antrag ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

GR. Heigelmayr (SPÖ) referierte über die Neufestsetzung der Transportkosten beim Wiener städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. Er bemerkt dazu, daß die Kosten seit Februar 1948 nicht geändert wurden. Seither haben jedoch wiederholt Gehalts- und Lohnerhöhungen stattgefunden. Auch die Reparatur- und Treibstoffkosten haben sich erhöht.

GR. Maller (LBl.) betont, wenn man zwischen den verschiedenen Preis- und Tarifierhöhungen differenzieren könnte, dann müßte man die Erhöhung der Transportkosten für den städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst wohl als eine der unsozialsten Erhöhungen bezeichnen. Der Linksblock werde dagegen stimmen.

Berichterstatter Heigelmayr weist darauf hin, daß aus sozialem Empfinden heraus diese Gebühren seit drei Jahren nie eine Erhöhung erfuhren. Hiefür gebühren der Gemeinde der Dank der gesamten Wiener Bevölkerung.

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen. (Bürgermeister Jonas übernimmt den Vorsitz.)

Den Bericht über die Erhöhung der Nächtigungsgebühren in den Wiener städtischen Herbergen für Obdachlose erstattet GR. Kowatsch (ÖVP). Er weist darauf hin, daß auch die erhöhten Gebühren nicht einmal ausreichen, den tatsächlichen Verbrauch an Gas, Strom, Wasser und Heizung zu decken.

GR. Hausner (LBl.) erklärt, die USIA-Hetze und die Hetze gegen die Volksdemokratien, die heute vorgebracht wurden, hätten nur dazu gedient, von der asozialen Gebührenpolitik der Gemeinde Wien abzulenken. Es sei symbolisch, daß zum Schluß auch die Ärmsten unserer Bevölkerung bei den Erhöhungen nicht vergessen wurden. (GR. Nora Hiltl: "Wie ist das in Mödling?")

Berichterstatter Kowatsch entgegnet hierauf, daß in allen jenen Fällen, wo es sich um sozial schlecht gestellte Menschen handelt, die Kosten der Unterbringung zur Gänze von der Fürsorge getragen werden.

Auch dieser Antrag wird bei der Abstimmung angenommen.

Hierauf wird eine dringliche Anfrage der GRe. Dr. Eberle, Nora Hiltl, Kowatsch und Genossen (ÖVP) an den Bürgermeister, betreffend Außerdienststellung und Disziplinaruntersuchung gegen Oberamtsrat Franz Wegenstein von der Magistratsabteilung 17, folgenden Inhalts verlesen:

"Die gefertigten Gemeinderäte fragen den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien, ob er bereit ist, dem Wiener Gemeinderat und damit der Bevölkerung von Wien Aufklärung darüber zu geben, warum der vom Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen Lois Weinberger schon vor mehreren Wochen gestellte Antrag auf Außerdienststellung und Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberamtsrat Franz Wegenstein bisher nicht behandelt, bzw. warum ihm bisher nicht Folge gegeben wurde.

Bekanntlich hat OAR. Wegenstein schon im Vorjahr ohne Ermächtigung des ihm vorgesetzten Leiters der M.Abt. 17, bzw. ohne Einwilligung des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen die Bewilligung zur Verköstigung des vom sozialistischen Verein "Volkshilfe" geführten Kinderferienlagers "Donaudorf" erteilt und auch im heurigen Jahr, und zwar zu einer Zeit, als in der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs bereits Typhus ausgebrochen war, abermals und wieder ohne vorherige Zustimmung seines vorgesetzten leitenden Beamten, bzw. Amtsführenden Stadtrates die gleiche Genehmigung gegeben.

Dieses Vorgehen des OAR. Wegenstein stellt einen groben Amtsmissbrauch, wahrscheinlich auch eine schwere Schädigung der Gemeinder, vorallem aber indirekt eine schwere Gefährdung von Wiener Kindern und der Bevölkerung dar. Wie aus den bisherigen Untersuchungen klar hervorging, wurde der Typhus in Ybbs aus der Anstaltsküche weiter verbreitet und ist damit die Gefährdung der Kinder dieses Lagers offen erwiesen. Tatsächlich sind auch einige Kinder dieses Lagers im Verlaufe der Zeit selbst an Typhus erkrankt.

Besonders interessant in diesem Zusammenhange ist auch die Frage, wieso es möglich war, daß Herr OAR Wegenstein ohne Wissen des zuständigen Stadtrates und bloß durch eine einfache Verfügung des Oberamtsrates Heeger statt außer Dienst gestellt und in Disziplinaruntersuchung gezogen zu werden in das städtische Kinderheim Bad Hall auf billige Erholung kommen konnte. Wie eine durch den Amtsführenden Stadtrat vorgenommene Kontrolle des Heimes im

Juli 1951 zufällig ergab, hielt sich Herr OAR Franz Wegenstein im Kinderheim Bad Hall auf und hatte die Erlaubnis, die ganz billigen Nächtigungs- und Verpflegssätze des genannten Heimes für sich in Anspruch zu nehmen.

Es ist also Tatsache, daß OAR Wegenstein nicht nur nicht außerdienstgestellt und daß gegen ihn keine Disziplinaruntersuchung eingeleitet wurde, sondern, daß er für seine schweren Verfehlungen durch die Vergünstigungen im Städtischen Kinderheim Bad Hall geradezu noch belohnt wurde.

Die Gefertigten richten an den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien die Anfrage, was er zu tun gedenkt, um gegen alle in diesem Zusammenhang eine Verantwortung Tragenden entsprechend einzuschreiten und ob er gewillt ist, für die cheste Außerdienststellung des Oberamtsrates Franz Wegenstein und die sofortige Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen denselben Sorge zu tragen".

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Bürgermeister Jonas: Wir sind am Schlusse unserer heutigen Verhandlungen angelangt. Wir werden in der nächsten Zeit voraussichtlich durch einige Wochen keine Sitzung abhalten. Nach altem parlamentarischem Brauch soll den Mitgliedern des Gemeinderates Gelegenheit gegeben werden, diese kurze Zeitspanne zur Erholung zu benützen. Sollten sich Verfügungen als dringend notwendig erweisen, die sofort getroffen werden müssen, werden sie durch den Stadtssenat bzw. den Bürgermeister - selbstverständlich gegen nachträgliche Genehmigung - getroffen werden.

Hierauf wünschte der Bürgermeister allen Mitgliedern für die Zeit der Gemeinderatsferien gute Erholung und dankte allen Mitgliedern des Gemeinderates herzlich für die bisher geleistete Arbeit.

Schluß der Sitzung: 21.15 Uhr.

"Treubergs's Gratisbühne"  
=====

27. Juli (Rath.Korr.) Die Magistratsabteilung 7, Kultur und Volksbildung, übergab der "Rathaus-Korrespondenz" nachstehende Mitteilung:

Verschiedenen sensationellen Zeitungsmeldungen gegenüber stellt der Wiener Magistrat folgendes fest:

Herr Gottfried Treuberg erhielt über sein **Ansuchen** trotz verschiedener Einsprüche fortlaufend Theaterkonzessionen und zwar seit Mai 1949 bis 31. August 1951 für den Standort Wien, 10., Wielandgasse 2-4 (Wielandtheater). Am 12. Mai 1951 erhielt er weiters, als er das Wielandtheater räumen mußte, eine Konzession mit dem Standort Wien, 11., Simmeringer Hauptstraße 99, Brauhaus, mit Gültigkeit bis 11. Mai 1952. Die Behauptung "daß es ihm bis jetzt nicht möglich war eine Konzession zu erhalten" ist somit unrichtig. Herr Treuberg ist also zu einem Theaterbetrieb an dem genannten Standort berechtigt, nicht aber an einem anderen Standort, für welchen er bei der Behörde auch kein Ansuchen eingebracht hat.

Dachgleiche in Fünfhaus  
=====

27. Juli (Rath.Korr.) Heute nachmittag wurde in Anwesenheit vpm Bezirksvorsteher Hajek und des Vertreters des Stadtbauamtes auf der Baustelle der neuen Wohnhausanlage der Stadt Wien in der Fünfhausgasse die Dachgleiche erreicht. Der Bau besteht aus drei aneinandergereihten Stiegenhäusern mit 42 Wohnungen verschiedener Typen, einem Geschäftslokal und zwei maschinellen Waschküchen. In diesem Bau wird auch ein Kindergarten mit zwei Gruppen untergebracht werden. Von der Gesamtfläche im Ausmaß von 1924 Quadratmetern wurde ungefähr ein Drittel verbaut. Im Hof, der gärtnerisch ausgestaltet wird, bekommt der Kindergarten einen eigenen Spielplatz. Seit Baubeginn Ende November 1950 wurden an dieser Baustelle 6000 Arbeitsschichten geleistet.